

**CDU-Initiativen  
für die Plenarsitzungen  
am 15. Und 16. Mai 2019**

1. **Aktuelle Debatten**
2. **Antrag:**  
„Verbraucherschutz bei der Verpflegung in Pflegeheimen und Krankenhäusern“
3. **Antrag:**  
„Jugendoffiziere in Rheinland-Pfalz – Wer für die Demokratie einsteht, der braucht auch breite Unterstützung“
4. **Antrag:**  
„Berufliche Bildung gleichstellen – Gebühren für Meister-, Fachwirt-, Techniker Ausbildung streichen“
5. **Antrag:**  
„Wald erhalten – Klima schützen“

## 1. Aktuelle Debatten

- „Landesregierung lässt Kommunen finanziell im Stich – Vorgaben des Verfassungsgerichts nicht beachtet“
- „Studie des ADFC – In Rheinland-Pfalz werden Radfahrer ausgebremst“

## 2. Antrag

„Verbraucherschutz bei der Verpflegung in Pflegeheimen und Krankenhäusern“

### Empfindliche Verbrauchergruppen besonders berücksichtigen

Gerade Menschen, die in **Pflegeheimen leben oder zu einem Krankenhausaufenthalt** gezwungen sind, haben **besondere Bedürfnisse im Hinblick auf die Speisen**, die sie einnehmen. Deshalb gibt es seitens des **Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR)**, in Gemeinschaftsverpflegung entsprechende Empfehlungen. So sollen bei besonders empfindliche Verbrauchergruppen **keine Lebensmittel eingesetzt** werden, bei denen von einem **höheren mikrobiologischen Risiko auszugehen** ist. Also z.B. keine Milchprodukte aus Rohmilch, frisches Mett, Räucherlachs oder auch Sprossen und Tiefkühlbeeren. Geschieht dies müssen diese direkt vor der Ausgabe ausreichend erhitzt werden.

### Bundesweiter Überwachungsplan

**Sind die Empfehlungen** des BfR in den Alten- und Pflegeheimen sowie Krankenhäusern **bekannt** und wird auf den Einsatz der genannten Lebensmittel **verzichtet**? Das wird **im Rahmen eines bundesweiten Überwachungsplans überprüft**. In Rheinland-Pfalz wurden insgesamt 63 Einrichtungen (44 Alten- und Pflegeheime sowie 19 Krankenhäuser) überprüft: In 55% der Alten- und Pflegeheimen und in 42% der Krankenhäuser waren die BfR-Empfehlungen bekannt. 9,5% verzichteten dem Bericht zu Folge auf die angegebenen Lebensmittel. 65% der Einrichtungen gaben an, überwiegend auf sie zu verzichten. **25% der Einrichtungen gaben an, nicht darauf zu verzichten.**

## Bestehende Defizite beseitigen

Die Überprüfung zeigt, dass es **erhebliche Mängel** gibt. Ziel muss deshalb sein, den **Verbraucherschutz bei der Verpflegung in Pflegeheimen und Krankenhäusern in Rheinland-Pfalz zu stärken**. Hierzu bedarf es aus unserer Sicht:

- verstärkter Kommunikation und Kooperation mit den Einrichtungen und ihren Trägern mit dem Ziel gemeinsamer Vereinbarungen,
- gezielter Beratung und Schulung der Beteiligten und Betroffenen zur Wahrnehmung der Verbraucherschutzinteressen und
- exemplarische Förderung vorbildhafter Praxis.

### 3. Antrag:

**„Jugendoffiziere in Rheinland-Pfalz – Wer für die Demokratie einsteht, der braucht auch breite Unterstützung“**

#### Veränderte Sicherheitsarchitektur

Nicht nur die **europäische Sicherheitsarchitektur** hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten **massiv gewandelt**. Nichts zeigt das so deutlich wie die **Veränderungen innerhalb der NATO**. Aus den ursprünglich 12 Gründungsmitgliedern sind inzwischen 29 geworden - **darunter frühere Gegner wie z.B. Polen oder die baltischen Staaten**. Damit verbunden ist auch **für die Bundeswehr ein neuer Aufgabenzuschnitt**. Sie war und ist an **Einsätzen in vielen Ländern auch außerhalb des eigentlichen Bündnisgebietes** etwa im Kosovo oder in Afghanistan beteiligt. Oft unter zum Teil unter schwierigen und gefährlichen Bedingungen.

#### Viele Fragestellungen

Seit sechs Jahrzehnten schon gibt es die **Jugendoffiziere der Bundeswehr**. Sie sind **keine Werbebeauftragte zur Rekrutierung von Personal**, sondern ganz im Gegensatz ein **wichtiger Teil der Infrastruktur der politischen Bildung**. Denn gerade im Kontext der sich wandelnden Aufgabe und Rahmenbedingungen stellen sich viele Fragen: Zu **Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr**, zu ihren **Auslandseinsätzen**, zur **Rolle von NATO, UN oder auch KSZE**, zur **deutschen Sicherheitspolitik** und natürlich zu den **aktuellen Risiken, Bedrohungen und Krisen**. Dabei sind die gut ausgebildeten Jugendoffiziere wichtige und **unverzichtbare Ansprechpartner und Referenten, nicht zuletzt für die Schulen**.

#### Jugendoffiziere nicht diskreditieren

Leider wird die **politische Bildungsarbeit der Jugendoffiziere** an Schulen, immer wieder **in Frage gestellt**. Die **SPD Berlin** hat sich in einem **Parteitagsbeschluss** gegen Besuche von Jugendoffizieren an allgemeinbildenden Schulen ausgesprochen. Und auch **Bündnis 90/ Die Grünen** haben sich in der Vergangenheit immer wieder äußerst **distanziert-kritisch zur Praxis der Jugendoffiziere an Schulen** geäußert. **Notwendig ist deshalb ein klares Bekenntnis zur politischen Bildungsarbeit der Jugendoffiziere**. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee und in der Mitte der Gesellschaft verankert. Das bedeutet auch, dass unsere Soldatinnen und Soldaten an den Schulen willkommen sind.

### **Bekenntnis des Landtages notwendig**

Wir wollen, dass der Landtag ein **unmissverständliches Bekenntnis zur Arbeit der Jugendoffiziere der Bundeswehr an Schulen** abgibt und sie damit stärkt. Zugleich soll die Landesregierung aufgefordert werden, **weitere Kooperationen mit der Bundeswehr anzustreben**, um die **Arbeit und Leistung der Bundeswehr noch stärker als bisher im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu verankern**.

## **4. Antrag:**

**„Berufliche Bildung gleichstellen – Gebühren für Meister-, Fachwirt-, Techniker-ausbildung streichen“**

### **Handwerk Rückgrat der Wirtschaft**

Das **Handwerk bildet das Rückgrat unserer Wirtschaft**. Ein **Kernproblem** von Handwerk und Mittelstand besteht im **zunehmenden Mangel an Fachkräften**. Das **hemmt die wirtschaftliche Entwicklung** und das führt insbesondere auch dazu, dass Kunden, die eine Handwerkerleistung in Anspruch nehmen wollen, oft lange warten müssen. **Kaum ein Handwerksbetrieb klagt nicht über einen Mangel an qualifizierten Mitarbeitern**. Die Auftragsbücher sind übervoll, bei der Ausführung zeigt der Personalmangel Grenzen auf.

### **Fachkräftemangel beseitigen**

Für die Bewältigung des Fachkräftemangels sind mehrere Punkte entscheidend: Wir müssen dafür sorgen, dass unsere **Schulabsolventen ausbildungsfähig** sind. Hier gibt es Klagen der Ausbildungsbetriebe. Das beginnt in der **Grundschule** und reicht bis zu den **Berufsschulen**. Viertklässler, die nicht genau wissen, was sie lesen. **Fehlende Kenntnisse im Rechnen, Schreiben und Lesen beim Ausbildungsbeginn** als Folge von **Unterrichtsausfall und fachfremdem Unterricht** sind die Stichworte. Hier müssen wir ansetzen.

## Master und Meister gleichstellen

Hinzu kommt, dass sich junge Menschen **viel zu selten für eine Ausbildung entscheiden**. Wir müssen deshalb ein **Klima schaffen, dass nicht einseitig auf das Studium setzt und die Attraktivität der beruflichen Bildung erhöht**. Denn nicht jeder muss Abitur machen und nicht jeder muss studieren. Dazu gehört insbesondere auch, dass wir **Anreize schaffen, Lehrlinge besser in der Ausbildung unterstützen und Meister und Master gleichstellen**. Es ist nicht gerecht und auch nicht sinnvoll, dass der anspruchsvolle und teure Meisterkurs von den Absolventen selbst bezahlt werden muss, während Studiengebühren – selbst für Langzeitstudenten – weggefallen sind.

## Landesregierung muss tätig werden

Die CDU-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf:

- ein Konzept vorzulegen, wie bis zu einer bundesweiten Regelung der Meister-bonus zu einer Vollkostenerstattung weiterentwickelt werden kann und
- dem Landtag bis Ende 2019 über den Stand der Umsetzung zu berichten.

## 5. Antrag:

„Wald erhalten – Klima schützen“

### Rheinland-Pfalz ist Waldland

Rheinland-Pfalz gehört zu den **waldreichsten Bundesländern** Deutschlands. **42 Prozent der Landesfläche sind mit Wald bedeckt**. Das Ökosystem Wald ist nicht zuletzt unverzichtbar für den **Klimaschutz**. Zugleich stellt der Wald für viele Menschen einen **touristischen Anziehungspunkt und Erholungsraum** dar. Eifel, Hunsrück, Pfälzerwald, Taunus und Westerwald sind weit über unsere Landesgrenzen hinaus bekannt und beliebt. Eine wichtige Rolle spielt der Wald aber auch als **Arbeitsplatz und Wirtschaftsfaktor**.

## Wetterextreme haben Wald geschädigt

Nach dem Waldzustandsbericht 2018 sind **84 Prozent der Bäume in Rheinland-Pfalz geschädigt**. Das bedeutet einen Anstieg um elf Prozent im Vergleich zum Vorjahr. **Wetterextreme** mit Dürreperioden auf der einen und schweren Stürmen mit Starkregen auf der anderen Seite haben dem Wald zugesetzt. Hinzu kommt der **Borkenkäfer, der Schäden in Millionenhöhe verursacht hat**.

## Auch Kommunen und Privatwaldbesitzer unterstützen

Der **Großteil der Waldflächen in Rheinland-Pfalz befindet sich im Besitz von Kommunen und Privatleuten (ca. 75 %)**. Es reicht daher nicht aus, nur den Staatswald mit Landesmitteln zu unterstützen.

## Was wir wollen

Mit unserem Landtag fordern wir die Landesregierung auf:

- die **Wälder** in Rheinland-Pfalz ungeachtet ihrer Besitzverhältnisse **gleichermaßen zu unterstützen** und mit **Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe**, ergänzt durch Landesmittel, zu **fördern**.
- **Fördermaßnahmen** genau zu definieren und den Waldbesitzern eine **förderunschädliche Vorabgenehmigung** zu erteilen.
- Zuschüsse zu den **Aufarbeitungskosten** zu gewähren.
- für die **Lagerung der Baumstämme** Unterstützung bereit zu stellen.
- den **Waldwegebau** stärker zu fördern.
- Die **Wiederaufforstung** und den **Schutz der Pflanzenbestände** zu fördern.